

Kahlschlag bei Karstadt/Kaufhof – der gnadenlose Herr Benko
Profite sind Systemrelevant – Beschäftigte nicht

Bis Ende Juni musste ein Konzept für das unter dem staatlichen Schutzschirm geflohene Unternehmen Galeria Karstadt/Kaufhof für den weiteren Betrieb erarbeitet werden, um ein Insolvenzverfahren zu verhindern. Um solch ein Konzept zu erarbeiten wurden vom Verwaltungsgerecht Essen zwei externe „Verwalter“ eingesetzt Geiwitz und Kebekus, zwei schon in mehreren Insolvenzverfahren erprobte Sanierer. Von Anfang an stellten die beiden Herren klar, dass hierfür die Beschäftigten einen Beitrag zu leisten hätten, dass aber auch die Vermieter einen Beitrag leisten müssten. Das damit auch der Haupteigner des Unternehmens, Benko, dem immerhin 60 Filialen gehörten, gemeint war, wurde von Ihnen nur am Anfang behauptet. Ende März verkaufte Benko an die US - amerikanische Investmentfirma Apollo EPF 17 Filialen und entledigte sich damit eines Teiles der zur Schließung vorgesehenen Filialen. Dementsprechend stellte sich heraus, dass die beiden Herren an einem radikalen Schließungskonzept arbeiten und von den Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft ver.di weitere „Zugeständnisse“ erwarten, da ja letzten Endes die Gläubiger dem Konzept zustimmen müssen. Das hatte Benko schon im vorigen Jahr im Rahmen der Verhandlungen und mit ver.di und dem GBR versucht durchzusetzen, was ihm damals nicht gelang. Nach einem Verhandlungsmarathon von 1 Woche wurde am 18. Juni Vollzug gemeldet: es sollen insgesamt mindestens 62 Filialen geschlossen werden und fast 6000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren. Es kann getrost



davon ausgegangen werden, dass es erheblich mehr sind, da die Beschäftigten der Restaurants, die Depotkräfte, die Reinigungskräfte oder Beschäftigte von Firmen, die Flächen in den Warenhäusern belegt haben, nicht hinzugerechnet wurden. Diese Beschäftigten sind jetzt Opfer der wochenlangen Schließungen von Mitte März – bis Mitte Mai, während der Hochphase der Corona Pandemie. Dabei hat Benko sicherlich genug finanzielle Mittel, solch eine Phase der Stilllegung zu tragen. Im letzten Jahr wurde mit dem Gesamtbetriebsrat ein Sozialplan vereinbart in dessen Folge schon mehrere tausend Arbeitsplätze in den Filialen, Verwaltung und Lägern vernichtet wurden. Im Dezember wurde ein „Sanierungstarifvertrag“ mit ver.di vereinbart, der erhebliche Einkommenseinbußen der Beschäftigten vorsah. All das hat jetzt nicht gereicht und die Beschäftigten müssen unter staatlicher Aufsicht wieder die Zeche zahlen, während Benko weiter an der Steigerung Profite arbeiten kann und seine Mieteinnahmen nicht angetastet werden. Dies zeigt einmal mehr, dass im Kapitalismus die Interessen der Beschäftigten nach einer sicheren Lebensperspektive den Profitinteressen untergeordnet werden. Aber im Gegensatz zur Lufthansa sind Warenhäuser nicht Systemrelevant. Hier tobt ein gnadenloser Verdrängungswettbewerb, der erst recht durch die Abschaffung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, der Abschaffung des Rabatt- und Ladenschlussgesetzes angefacht wurde und dem es Unternehmen wie z.B. amazon erlaubt hier den Markt mit billigen Arbeitskräften „aufzuräumen“.

Jetzt muss der Kampf um jede Filiale und jeden Arbeitsplatz vor Ort geführt werden und den Beschäftigten eine Perspektive geboten werden. Dazu gehört auch, dass die Eigentumsverhältnisse in Frage gestellt werden und an Gesellschaftsformen in öffentlicher Hand und unter Kontrolle der Beschäftigten gearbeitet wird. Daran könnten auch Städte ein Interesse haben, in denen Filialen geschlossen werden, da sonst eine Verödung der Innenstädte die Folge sein kann.

Helmut Born 24.6.20